Verordnung der Abschlussprüferaufsichtsbehörde über die von dem zu überprüfenden Abschlussprüfer oder der zu überprüfenden Prüfungsgesellschaft bereitzustellenden Informationen für die Angebotserstellung durch die potentiellen Qualitätssicherungsprüfer (APAB-Angebotsinformationsverordnung – APAB-AIV)

Aufgrund des § 29 Abs. 4 des Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetzes – APAG, BGBl. I Nr. 83/2016, wird mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. (1) Der zu überprüfende Abschlussprüfer oder die zu überprüfende Prüfungsgesellschaft hat den potentiellen Qualitätssicherungsprüfern für die Angebotserstellung folgende Informationen bereitzustellen:

1. Angaben zur Mandantenstruktur der durchgeführten Abschlussprüfungen im Sinne des § 2 Z 1 APAG, insbesondere hinsichtlich Rechtsform, Größenklasse gemäß § 221 UGB und Branche,
2. Anzahl der im letzten Geschäftsjahr erbrachten Leistungsstunden für durchgeführte Abschlussprüfungen im Sinne des § 2 Z 1 APAG getrennt nach Stunden für Abschlussprüfungen bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und anderen Abschlussprüfungen,
3. Angaben zu den durchgeführten Abschlussprüfungen im Sinne des § 2 Z 1 APAG, insbesondere Aufgliederung der erbrachten Leistungsstunden nach Stundenkategorien des letzten Geschäftsjahres,
4. Anzahl der von mehr als einem Abschlussprüfer oder mehr als einer Prüfungsgesellschaft durchgeführten Abschlussprüfungen im Sinne des § 2 Z 1 APAG,
5. Anzahl der Abschlussprüfungen von Konzernen im Sinne des § 2 Z 1 APAG aufgeschlüsselt nach nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards,
6. Anzahl der Standorte bzw. Zweigniederlassungen des Prüfungsbetriebes,
7. Mitarbeiterstruktur im Prüfungsbetrieb insbesondere die Anzahl der im Prüfungsbetrieb tätigen Wirtschaftsprüfer und Revisoren mit Auftragsverantwortung aufgegliedert nach Standort bzw. Zweigniederlassung,
8. Angaben zu einem allfällig vorhandenen Netzwerk bzw. Sozietät (gemeinsame Berufsausübung).

(2) Bei einer freiwilligen Qualitätssicherungsprüfung im Sinne des § 23 Abs. 5 APAG sind die Informationen des Abs. 1 Z 1 bis Z 8 bereitzustellen, wobei an Stelle der Abschlussprüfungen im Sinne des § 2 Z 1 APAG Angaben zu den nicht dem APAG unterliegenden Jahresabschluss- und Konzernabschlussprüfungen treten.

(3) Die Informationen gemäß § 1 Abs. 1 Z 1 bis 8 sind den potentiellen Qualitätssicherungsprüfern ausschließlich anhand der von der APAB über deren Internetseite zur Verfügung gestellten Formulare bereitzustellen.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt folgenden Tag in Kraft. Die Verordnung gilt für nach dem Inkrafttreten neu erstellte Angebote.